

(Präsident Ulrich Schmidt)

(A) lerin. Wer ist dagegen? - Die Koalitionsfraktionen und die FDP. - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** Nr. 136 der FDP **Drucksache 13/2015** auf - Stichwort: Verstärkung der inneren Sicherheit. Wer stimmt zu? - FDP- und CDU-Fraktion. Wer ist dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Gibt es Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von FDP- und CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** Nr. 137 der CDU-Fraktion **Drucksache 13/2016** auf - Stichwort: Zugang von Planstellen im Justizbereich. Wer ist für diesen Antrag der CDU-Fraktion? - Die CDU. Wer ist dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Stimmenthaltungen? - Bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** Nr. 138 der CDU-Fraktion **Drucksache 13/2017** auf - Stichwort: Verbesserung der Beförderungssituation. Wer ist für diesen Antrag der CDU-Fraktion? - CDU. Wer ist dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Stimmenthaltungen? - Bei Stimmenthaltung der FDP ist dieser Antrag **abgelehnt**.

(B) Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** Nr. 139 der Fraktion der CDU **Drucksache 13/2018** - Stichwort: Verbesserung der Personalsituation im Justizvollzugsbereich. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** Nr. 140 der Fraktion der CDU **Drucksache 13/2019** - Stichwort: Erhöhung der Zahl der Einstellungsermächtigungen im Justizvollzug. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** Nr. 141 der Fraktion der CDU **Drucksache 13/2020** - Stichwort: Reduzierung der Ausgaben für private Sicherheitsdienste. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen

der Koalitionsfraktionen und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **abgelehnt**. (C)

Wir kommen zur GesamtAbstimmung über den Einzelplan 04 entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/1804**. - Wer für die Beschlussempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU-Fraktion und FDP-Fraktion **angenommen**.

Ich rufe **Nummer 6** auf:

### Stellenpläne

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Stahl das Wort.

**Helmut Stahl** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute ist mehrfach festgestellt worden, ich will es auch noch einmal tun: Politik in Nordrhein-Westfalen ist, was die Finanzseite angeht, weitestgehend handlungsunfähig. Ihr Finanzminister, werter Herr Ministerpräsident, betont das durchaus offen immer wieder in Interviews. Diese Feststellung von mir ist somit kaum originell. (D)

Politik ist eingeklemmt zwischen festgezurrten Ausgabenblöcken; der gewichtigste ist der Block der Personalausgaben. Da hat sich die Landesregierung Ziele gesetzt. Sie, Herr Ministerpräsident, haben im September letzten Jahres in Ihrer Regierungserklärung gesagt: Wir wollen, dass die Personalausgaben 50 % der Steuereinnahmen des Landes nicht übersteigen. Noch im August wurde der Finanzbericht 2002 der Landesregierung veröffentlicht, in dem zu lesen ist, dass man nach wie vor daran festhält, 40 % der Gesamtausgaben bzw. 50 % der Steuereinnahmen nicht zu überschreiten bzw. sich das Ziel zu setzen, da wieder hinzukommen.

Festzustellen ist, dass Sie gut ein Jahr nach Ihrer Regierungserklärung, ein paar Wochen nach Veröffentlichung des Finanzberichtes 2002 eingestehen mussten, dass das wohl alles nichts wird.

(Heiterkeit bei Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(Helmut Stahl [CDU])

- (A) Denn mit Perspektive auf das Jahr 2020 werde man landen bei einer Ausgabenquote von 49,7 %, also rund 50 % ---

(Zuruf von Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- Ihr Finanzminister, Herr Ministerpräsident, pflegt immer zu sagen: Ich kann die Leute doch nicht erschießen. Sie sind nun einmal im öffentlichen Dienst vorhanden. - Ich vermute nicht, dass Herr Steinbrück in Verfolgung dieses Ziels beginnt, die Leute zu erschießen.

(Minister Peer Steinbrück: Brutal!)

- Das hoffe ich doch auch, Herr Minister.

Sie verweisen in diesem Zusammenhang auf die kw-Vermerke, die zu realisieren sind. Wenn man es einmal hochrechnet und die Ziele erreichen wollte, die Sie erreichen möchten, die Zielvorgaben, die Sie sich selbst setzen, so würde das beinhalten, bis zum Jahr 2005 zusätzlich 50.000 kw-Vermerke realisieren zu müssen. Allein durch die Nennung dieser Zahl ist klar, dass das Scheitern der Zielerreichung so sicher feststeht wie das Amen in der Kirche.

- (B) Überhaupt finde ich diese kw-Vermerke-Politik einerseits sehr nützlich - das ist ein gutes Instrument für den Finanzminister -, andererseits allerdings unglaublich unsystematisch. Denn es sind zwar seit Anfang der 90er-Jahre jede Menge Gutachten fabriziert worden, aber aus den Gutachten ist relativ Unverbundenes herausgekommen. Ein Gesamtkonzept, nach dem man einspart, auch Aufgaben infrage stellt, hat nicht vorgelegen.

Das hat Auswirkungen auf den mittleren Dienst in der Umweltverwaltung, auf den Justizvollzug, wie gerade besprochen, auf die Polizei. Dabei finde ich es am Widersprüchlichsten - das ist heute schon gesagt worden -, einerseits im Rahmen der Terrorismusbekämpfung den Ansatz um 21,9 Millionen Euro zu erhöhen, aber gleichzeitig beim Innenminister eine globale Minderausgabe von 26,9 Millionen Euro draufzulegen. Das heißt im Umkehrschluss nichts anderes, als dass es nicht mehr Sicherheit gibt, sondern 5 Millionen Euro weniger für die Sicherheit. Denn wo sonst sollen die Mittel herkommen, wenn man sie nicht durch Personaleinsparung erwirtschaftet?

Bei allen Zwängen, in denen Sie stecken, Herr Minister, gibt es eine einnahmenorientierte Verwaltung: die Finanzämter. Da hat man Ihnen na-

hegelegt, tätig zu werden. Neben manchen Stellen - und anderen Defiziten, die Sie bezogen auf die Finanzämter zu verantworten haben - gibt es auch eines, das Sie jetzt neu ordnen wollen, aber dadurch nach unserer Auffassung nicht unbedingt in seinen Effekten optimieren werden: die Betriebsprüfungen bei Großbetrieben. Diese Prüfungen durchlaufen in NRW innerhalb eines Jahres rund 21 % der Großbetriebe und in Bayern sind es knapp 27 % der Großbetriebe pro Jahr.

Das ist eine Differenz von sechs Prozentpunkten, und zwar eine Differenz von sechs Prozentpunkten bei den Einnahmen und bei der Steuergerechtigkeit, die Sie in dem Umfang bezogen auf andere steuerpflichtige Bürgerinnen und Bürger nicht realisieren. Wenn man das einmal zusammenrechnet, wenn man nur 500 zusätzliche Betriebsprüfer aus der Verwaltung für diesen Zweck verfügbar machen und ausrechnen würden, was von den zusätzlichen Einnahmen nach Länderfinanzausgleich für Nordrhein-Westfalen übrig bliebe, dann wären das für das Land immerhin netto rund 75 Millionen Euro. Das kann man realisieren, indem man zunächst umschichtet und dann bei den Anwärtern durch zusätzliche Einstellungen nachzieht.

Das alles jedenfalls ist nach unserer und nach meiner Auffassung um ein Vielfaches seriöser als die Vorgabe, die Ausgaben im Laufe des Jahres allein beim Personal durch eine globale Minderausgabe von über 300 Millionen Euro zu senken.

Herr Minister, wir bestreiten gar nicht einmal Ihren guten Willen für Einsparungen. Aber wo Sie damit landen, haben wir in den letzten Wochen gesehen. Wie sagte Churchill noch - und damit will ich schließen -:

"In der Politik ist es wie in der Malerei: Ein guter Wille ist keine Entschuldigung für schlechte Arbeit."

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Danke schön, Kollege Stahl. - Das Wort hat Frau Abgeordnete Walsken, SPD-Fraktion.

**Gisela Walsken (SPD):** Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Stahl, ich ha-

(C)

(D)

(Gisela Walsken [SPD])

(A) be großen Spaß daran, das Stichwort Seriosität aufzugreifen. Wenn wir über die Betriebsprüfer reden, macht das besonders viel Spaß.

Sie haben in Ihrem Paket 500 zusätzliche Betriebsprüfer gefordert. In Ihrer Pressekonferenz am 6. Dezember 2001 - letzte Woche - haben Sie gesagt, zur Finanzierung Ihrer Vorschläge wollten Sie 1,5 % aller Stellen im Landeshaushalt streichen. Sie haben davon Schulen und Universitäten, Polizei und Justizvollzug ausgenommen. Damit bleibt für diesen Sparvorschlag die Finanzverwaltung. Dahin gehören u. a. die Betriebsprüfer. Wenn wir uns die Zahlen genau anschauen, stellen wir fest: Das macht ungefähr die von Ihnen geforderten 500 Stellen aus - die Sie, um alle Vorschläge Ihres Pakets umsetzen zu können, auch streichen würden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Das heißt, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der CDU-Fraktion: Für Ihre Seriosität sparen Sie sich entweder selber weg oder Sie ziehen sich selbst den Teppich unter den Füßen weg. Ich finde, es muss deutlich gesagt werden, welche Operation Sie da machen wollen.

(B) (Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dieses Jahr ist sicherlich auch für die Personalpolitik und die Personalwirtschaft relativ schwierig; das ist gar keine Frage. Deshalb möchte ich für die SPD-Fraktion sehr gerne noch einmal die für uns nach wie vor zentrale und wichtige Botschaft nennen: Wir werden auch in 2002 nicht einen Arbeitsplatz streichen, wir werden nicht eine betriebsbedingte Kündigung vornehmen und nicht einem Mitarbeiter oder einer Mitarbeiterin der Landesverwaltung den Arbeitsplatz nehmen. Ich glaube, das ist wichtig zu sagen - auch vor dem Hintergrund der Seriosität, die von der CDU eingefordert wird.

Es ist für uns auch ganz wichtig, dass wir Planungssicherheit und Verlässlichkeit garantieren. Wenn ich auf den Arbeitsmarkt schaue, muss ich feststellen: Rund um uns herum, rund um die Landesverwaltung herum ist der sichere Arbeitsplatz für die Menschen nach wie vor ein hohes Gut. Ich bin auch davon überzeugt, dass die Beschäftigten unsere Anstrengungen sehen und entsprechend honorieren werden.

(Beifall bei der SPD)

(C) Meine Damen und Herren, der Personalhaushalt für das kommende Jahr ist solide. Er berücksichtigt wichtige politische Rahmenbedingungen. Unser Augenmerk in den Beratungen der letzten Woche galt - das ist in der heutigen Debatte schon deutlich geworden - der inneren Sicherheit mit einem zusätzlichen Paket von immerhin 313 neuen Stellen. Das ist in der Ergänzungsvorlage der Landesregierung bereits klar geworden.

Unser Augenmerk galt auch den Justizvollzugsanstalten. Durch meinen Kollegen ist vorhin deutlich geworden, dass es uns wichtig ist, dort ein Signal zu setzen, insbesondere für die Anstaltsleiter, die auch in der Stellvertretung tätig sind.

Außerdem galt unser Augenmerk der Verstärkung der Betriebsprüfung. Ich denke, auch da machen zusätzliche Stellen - seriös finanziert - zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität Sinn.

Aber lassen Sie mich noch kurz einen anderen Aspekt ansprechen, Stichwort: Abbau von kw-Vermerken. Wir haben hier vor einem Jahr die Frage debattiert: Welchen Stellenwert, welche Schlagkraft hat die Personalagentur? Wir haben sicherlich nach wie vor nicht in dem Tempo kw-Stellen abbauen können, wie wir das alle vielleicht gerne sehen würden. Aber wir haben es im letzten Jahr immerhin schon geschafft, deutlich mehr Stellen abzubauen.

(D) Die SPD-Fraktion - die Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen und andere haben sich angeschlossen - hat noch einmal zwei entscheidende Veränderungen für die Personalagentur beschlossen, und zwar zur Beschleunigung des Abbaus von kw-Stellen.

Zum einen geht es um eine neue Umsetzungsregelung im Haushaltsgesetz für die Angestellten im mittleren Dienst, insbesondere in Vorzimmern, Kassen, aber auch Registraturen. Danach werden wir bei der Übernahme von Angestellten des mittleren Dienstes auf freie Stellen der Landesverwaltung künftig mehr Spielräume haben bei der Realisierung von kw-Vermerken im mittleren Dienst.

Zum anderen werden wir durch die Verlängerung der Frist zur Unterbreitung von geeigneten Personalvorschlägen durch die Agentur den betroffenen Ressorts, aber auch der Agentur selber künftig einen größeren zeitlichen Spielraum einräumen, um die Beschäftigten zu übernehmen.

(Gisela Walsken [SPD])

- (A) Meine Damen und Herren, das sind sicher kleinere Maßnahmen, von denen wir uns versprechen, dass sie in den nächsten Monaten wirken werden.

Ansonsten darf ich für die SPD-Fraktion nur feststellen: Wir halten diesen Personalhaushalt für solide, für ausgewogen und für das richtige Signal in dieser Zeit. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Schönen Dank, Frau Walsken. - Das Wort hat für die FDP-Fraktion Frau Abgeordnete Freimuth.

**Angela Freimuth (FDP):** Schönen guten Abend, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir fällen mit diesen Stellenplänen Entscheidungen, die viele Tausend Menschen und ihre Familien betreffen, Entscheidungen, die Motivation bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Landesverwaltung bewirken können, aber auch das Gegenteil.

- (B) Die FDP mahnt seit Jahren an, die Personalkosten zu senken. In der Realität steigen sie beständig an, ersticken jeglichen Handlungs- und Gestaltungsspielraum.

Auch bei SPD und Bündnisgrünen und bei der Landesregierung hat sich zumindest theoretisch die Erkenntnis durchgesetzt, dass wir Personalkosten senken müssen, wollen wir nicht ohnmächtig resignieren. Wir als FDP wollen nicht resignieren.

Ich verweise aber darauf, dass die Explosion der Versorgungs- und Personalausgaben - wie von Minister Steinbrück selbst eingeräumt - die Spätfolge der Stellenexplosion in den 70er-Jahren ist. Ich möchte mir den Hinweis erlauben, dass die Aufblähung des Personalhaushaltes in den 70er-Jahren nachweislich die Leistung der NRW-Sozialdemokraten ist, die jetzt von einigen Sünden und Fehlentscheidungen - "endlich" muss man fast sagen, wenn es nicht so traurig wäre - eingeholt werden.

Von den 42.000 kw-Vermerken, die aufgrund von Organisationsuntersuchungen in verschiedenen Bereichen der Landesverwaltung ausgebracht worden sind, sind zum 30. Juni, wie wir einer Mitteilung des Finanzministeriums aus den ver-

gangenen Tagen entnehmen können, noch 11.306,2 kw-Vermerke übrig geblieben. Wenn man dann in dieser Vorlage noch ein bisschen weiter liest, kann man ihr auch entnehmen, dass 2.530,2 kw-Vermerke, also noch 22 % dieses Restbestandes, bereits ihren Fälligkeitstermin erreicht haben - 22 % ausgebrachte, fällige, aber nicht realisierte kw-Vermerke!

Das Allheilmittel sollte mit der Personalagentur gefunden sein. Zugegeben: Sie arbeitet erfolgreicher als ihre Vorgängerin, aber es lässt sich noch einiges verbessern. Wenn die Personalagentur im Frühjahr dem Unterausschuss "Personal" des Haushalts- und Finanzausschusses die erste Bilanz vorlegen wird, bin ich gespannt, wie diese ausfällt.

Die Personalagentur hat die Aufgabe, verwaltungsinterne Personalbedarfe und Personalüberhänge zusammenzuführen. Die Erfolgsbilanz sieht so aus, dass insgesamt 173 Stellenbesetzungen mit unmittelbarer Realisierung eines kw-Vermerkes vermittelt worden sind. Um den bürokratischen Aufwand zu mindern, wurden zwischen einigen Ressorts und der Personalagentur Vereinbarungen zur Aufnahme von Beschäftigungen auf frei besetzbaren Stellen getroffen. Zielvereinbarungen sind ja gut und schön; aber sie verändern für sich genommen noch nichts. Sie müssen schon tatsächlich Ziele vorgeben. Wenn Zielvereinbarungen von vornherein so angelegt sind, dass sie dem Ressort nichts abverlangen, reicht das nicht aus. Sie sind dann ungenügend, und man braucht sich nicht zu wundern, wenn die Erfolge ausbleiben.

Daran allein können wir schon merken, dass die bisherige Praxis der Personalagentur nicht erfolgreich, nicht ausreichend und nicht zielführend ist, insbesondere dann, wenn immer noch einige Ressorts die Mitarbeit verweigern.

Jedes Ressort ist verantwortlich dafür, dass die von der Landesregierung beschlossenen und auch von diesem Parlament immer wieder eingeforderten Einsparziele erreicht werden. Die Ministerinnen und Minister haften als Gesamtschuldner. Die Frage ist bloß: Wem gegenüber?

Das Haushaltsgesetz sieht grundsätzlich eine Sperre für externe Besetzungen auf frei werdende Planstellen und Stellen für 24 Monate vor. Wenn wir - und das haben wir bereits im vergangenen Jahr kritisiert - weiterlesen, finden wir aber zahl-

(Angela Freimuth [FDP])

- (A) reiche Ausnahmeregelungen, unter denen dann doch eine externe Besetzung möglich ist.

Neben begrüßenswerten und wichtigen Ausnahmen z. B. für Stellen, die mit Schwerbehinderten besetzt werden, für Anwärtnerinnen und Auszubildende, Lehrer und Professoren, um hier nur einige Beispiele zu nennen, finden sich auch andere Ausnahmen, die nach wie vor für uns als FDP nicht gerechtfertigt sind und auch nicht den notwendigen Handlungsdruck erzeugen.

Wir Liberalen sehen bislang nicht den Erfolg, der versprochen wurde, und - was noch viel wichtiger ist - auch nicht den Erfolg, der notwendig ist.

Sicherlich wäre es hilfreich, wenn die Landesregierung nicht nur über die kw-Vermerke, sondern auch endlich einmal über die Besetzung der tatsächlich frei werdenden Stellen informiert. Allein aus pädagogischen Gründen sollten der Finanzminister und seine Kollegen jede einzelne externe Stellenbesetzung gegenüber dem Parlament begründen. Ich bin mir sicher, dass wir alle, aber auch Sie, verehrte Ministerinnen und Minister, allein aus arbeitsökonomischen Gründen sehr bald und endlich darüber nachdenken würden, von welchen Aufgaben sich dieses Land verabschieden kann. Denn in dieser Frage liegt unser eigentliches Kernproblem. Der Staat allgemein und das Land Nordrhein-Westfalen speziell können sich nicht in allen Bereichen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens engagieren. Die Einsicht ist vielleicht bei dem einen oder anderen inzwischen vorhanden, aber nur ganz leise. Ich sage ganz offen: Uns als FDP wäre es lieber, diese Einsicht würde endlich mit Taten und Handlungen begleitet.

- (B)

Wir Liberale wollen möglichst viel in die Eigenverantwortung des Einzelnen legen. Wir wollen das hoheitliche Handeln auf die Kernbereiche reduzieren. Deswegen fordern wir konsequent Aufgaben- und Bürokratieabbau. Zum Stichwort Bürokratieabbau verweise ich auf das von uns eingebrachte Bürokratieabbaugesetz, mit dem wir zu einer Beweislastumkehr kommen wollen, sodass das Land, der Staat begründen muss, weshalb er eine bestimmte Aufgabe erfüllen möchte und warum diese nicht von Privaten geleistet werden kann.

Wenn wir uns endlich einmal trauten, in diese Richtung zu denken, vielleicht auch in diese Richtung zu handeln, dann könnten wir auch zu einem

- verantwortungsvollen und effizienten Personalabbau kommen. (C)

(Beifall bei der FDP)

Meine Redezeit ist jetzt bedauerlicherweise um. Gestatten Sie mir zum Schluss nur noch eine Anmerkung: Ich finde es gut, dass der Finanzminister die Initiative aufgegriffen hat, sich mit dem Problem der Versorgungsverbindlichkeiten auseinander zu setzen. Wir als FDP werden an der Lösung dieses für uns alle fast erdrückenden Problems konstruktiv mitarbeiten und hoffen, dass wir dann zu guten Lösungen kommen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Schönen Dank, Frau Freimuth. - Das Wort hat Frau Kollegin Haußmann, Bündnis 90/Die Grünen.

**Sybille Haußmann**<sup>\*)</sup> (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich bin wirklich platt.

(Dr. Stefan Grüll [FDP]: Das ist schon einmal ein guter Anfang und lässt hoffen!)

Denn, was ich jetzt hier höre, ist wirklich das Gegenteil dessen, was ich sonst den ganzen Tag über vernommen habe. (D)

Die Kolleginnen und Kollegen von der Opposition haben den ganzen Tag in allen Bereichen mehr Stellen gefordert, und jetzt stellen sich die für den Haushalt Verantwortlichen hier hin und beklagen, dass wir nicht mehr Stellen abbauen. Also, das verschlägt mir wirklich die Sprache!

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Dr. Stefan Grüll [FDP]: Ruhe bewahren und sich wieder hinsetzen! Dann sind Sie therapiert!)

- Ich habe trotzdem noch einige Anmerkungen zu machen.

(Oh! bei der FDP)

Unbestritten hat die Arbeitsintensität auf allen Ebenen, in den Ministerien, den Behörden, den Schulen und den Gefängnissen, zugenommen. Ich möchte mich an dieser Stelle für unsere Fraktion bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zum Ende dieses Jahres für ihr Engagement bedanken.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

(Sybille Haußmann [GRÜNE])

(A) Ich möchte aber auch erwähnen: Wir haben immer noch 11.200 kw-Vermerke zu realisieren, was wir - Frau Walsken hat das auch schon angedeutet - auf sozialverträgliche Weise tun werden.

Es gibt von der Landesregierung keine betriebsbedingten Kündigungen. Wenn wir sehen und hören, was im Lande an Personal abgebaut wird, wie viele Massenentlassungen es gibt, dann denke ich, ist ein sicherer Arbeitsplatz in einer Landesbehörde, in einem Ministerium, ein hohes Gut. Ich bin mir sicher, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes das auch zu schätzen wissen.

(Brigitte Speth [SPD]: Sagen Sie das einmal den Lehrern!)

- Richtig, auch die Lehrer haben einen sicheren Arbeitsplatz.

Wir haben aber auch Verbesserungen im Stellenplan erreichen können. Ich möchte hier an erster Stelle gerade die weitere Erhöhung der Stellen für Lehrerinnen und Lehrer nennen. Das heißt, wir halten hier Kurs und geben weiterhin der Bildung den obersten Rang auf der Prioritätenliste unserer Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(B) Wir investieren darüber hinaus Personal für innere Sicherheit. Das heißt, die Koalitionsfraktionen nehmen die geänderte Situation nach dem 11. September ernst und reagieren mit Augenmaß auf ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis in unserem Land.

Ein Erfolg besonders für grüne Personalpolitik ist die Streichung der 30 kw-Vermerke bei den Betriebsprüfern der Finanzämter und damit einhergehend 30 neuen Einstellungsermächtigungen. Zugegeben, gemessen an den Forderungen, die von der Opposition kommen, ist es eine relativ geringe Zahl von zusätzlichen Stellen für die Finanzämter.

(Edgar Moron [SPD]: Das ist maßlos!)

Sie ist deshalb bemerkenswert, weil es sich um einen Richtungswechsel in der Personalpolitik des Landes handelt. Denn die Stellen der Betriebsprüfer rechnen sich. Herr Stahl hat es schon angedeutet und die Zahlen genannt. Jeder Betriebsprüfer erwirtschaftet ein Vielfaches dessen, was er kostet und entlastet damit den Landeshaushalt.

(C) Das heißt, wir weichen dort von der Linie der Personaleinsparungen ab, wo es um die Priorität Bildung und innere Sicherheit geht und dort, wo zusätzliche Stellen dazu führen, dass dem Landeshaushalt unter dem Strich mehr Geld zur Verfügung steht. Ich würde mir wünschen, in den nächsten Jahren den Personalhaushalt noch intensiver unter diesen Prioritäten diskutieren und Entscheidungen treffen zu können.

Zusammenfassend ist für die Personalpolitik des Landes festzustellen: Wir müssen weiterhin sparen, sparsam mit den Personalressourcen umgehen. Denn nur, wenn wir es schaffen, im Personalhaushalt Kurs zu halten, bleiben uns und den nachfolgenden Generationen Handlungsspielräume für politische Prioritätensetzungen erhalten. Dies, meine Damen und Herren, ist unser Beitrag zu einer nachhaltigen Haushaltsführung.

Ich bin noch nicht ganz am Ende.

(Dr. Stefan Grüll [FDP]: Doch, am Ende schon, Sie haben nur keine Zeit!)

(D) Lassen Sie mich noch ein bisschen auf die Personalvorschläge der Opposition zum Personalhaushalt eingehen. Ich nehme diesmal die CDU zum Beispiel, weil sie es sehr schön in ihrer Pressekonferenz auch schriftlich dargelegt hat. Sie fordern für Lehrer, Polizisten und Justizvollzugsbeamte 9.850 Stellen in den nächsten fünf Jahren. Nach dem, was wir heute hier gehört haben - gerade eben, als wir über den Justiz- und den Innenhaushalt gesprochen haben, und auch von Herrn Stahl -, fordern Sie weitere Stellen für Richter, Staatsanwälte und Finanzbeamte. Als Finanzierungsvorschlag nennen Sie eine 1,5%ige lineare Kürzung des Personals. Die Ressorts, in denen Sie Erhöhungen vorschlagen, sind davon natürlich ausgenommen. Aber welche Ressorts - bitte schön - bleiben noch übrig?

Wenn man sich jetzt die Stellen ansieht, bleiben noch genau 411 Stellen als Kürzungsvorschlag übrig - gegenüber dem, was Sie an Personalforderungen vorher gestellt haben. Das heißt, über fünf Jahre gerade einmal 2.055 Stellen gegenüber mehr als 10.000 Stellen, die Sie fordern!

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Meine Damen und Herren, das ist Raubbau am Landeshaushalt. So kann man Personalpolitik nur auf Kosten der zukünftigen Generationen machen. Das ist nicht die seriöse Politik von Bündnis

(Sybille Haußmann [GRÜNE])

(A) 90/Die Grünen und der Fraktion der SPD. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die Landesregierung spricht jetzt Finanzminister Steinbrück.

(Dr. Stefan Grüll [FDP]: Die Grünen fordern 9.000 Steuerprüfer mehr!)

**Peer Steinbrück, Finanzminister:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin zwar nicht sprachlos, wie die Kollegin Haußmann für sich in Aussicht gestellt hat, sondern konsterniert. Es geht mir genauso. Man hat den Eindruck, ab 19.11 Uhr zieht die Vernunft wieder ein, wenn über die Personalausgabenentwicklung debattiert wird, nachdem den restlichen Tag nichts anderes getan worden ist, als Personalmehrausgaben systematisch anzuregen.

(B) Die Auflistung von Frau Haußmann ist unzweifelhaft richtig. 9.850 Stellen fordert die CDU neu, und die sind nicht seriös gegenfinanziert. Ich weiß, dass Sie das von mir nicht im Einzelnen dargelegt bekommen haben wollen, aber ich bin gern bereit, das im Ausschuss nachzuholen. Ihre 1,5%ige lineare Kürzung zur Gegenfinanzierung würde schon quantitativ nicht hinkommen.

Was viel wichtiger ist, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU: Sie würden auch damit ausgerechnet die Bereiche treffen, die Sie sonst als Schwerpunkte gerade bei Personalausgaben eher bevorzugen wollen. Ich will sagen: Sämtliche Gerichte und Staatsanwaltschaften wären dann von Stellenkürzungen betroffen. Das steht im Widerspruch zu der von Ihnen verfolgten Politik, dass die Kriminalität sehr viel stärker auch mit mehr Personal bekämpft werden müsste. Auch der Verbraucherschutz, der Staats- und Verfassungsschutz - Stichwort: innere Sicherheit -, die Steuerverwaltung wären betroffen, und zwar negativ betroffen, wenn man Ihren Gegenfinanzierungsvorschlägen folgen würde. Das passt vorn und hinten nicht zusammen und ist keine seriöse Politik.

Herr Kollege Stahl, wenn Sie die Gesamtausgaben des Landeshaushaltes um 0,5 % sinken lassen, und Sie halten an dem Ziel des Personalabbaus fest, so wie wir ihn betreiben, dann ist es ein rein rechnerischer Effekt, dass die Personalausgabenquote natürlich steigt. Das ist das Ergebnis einer bloßen Division und nicht etwa einer fehlgeleiteten Politik.

Wir werden im nächsten Jahr 675 Stellen netto abbauen. Dabei ist all das, was wir an zusätzlichen Stellen - begleitet von Forderungen aus Ihren Reihen - bewerkstelligen wollen, eingerechnet, insbesondere im Lehrerbereich, insbesondere in beiden Paketen Terrorismusbekämpfung 1 und 2, auch beim Institut der Feuerwehr. Es gibt einen weiteren Bereich, bei dem wir es mit Personalmehrgaben zwingend zu tun haben, nämlich den der staatlichen Archive.

Fazit: Solange die CDU hier 9.850 Stellen mehr fordert, ohne seriös eine Gegenfinanzierung anzubieten, beeindruckt mich Ihre Kritik relativ wenig.

Das Zweite, was mir durch den Kopf geht: Solange Sie sich - wie ich finde - sehr opportunistisch an der Kritik des Deutschen Beamtenbundes beteiligen, dass ich die Leistungsprämie gestrichen habe, die ja ebenfalls zu Personalmehrausgaben führt, nehme ich Ihren Willen zur tatsächlichen Einsparung im Bereich der Personalausgaben nicht so ernst, wie Sie es vorgetragen haben.

Zum Stichwort "Mehr Personal in der Steuerverwaltung": Sie sagen, dieses Personal finanziere sich selbst. Das ist ein Thema, das nicht nur im hiesigen Landtag, sondern in fast allen Länderparlamenten eine Rolle spielt, allerdings in einem Wechselspiel zwischen der jeweiligen Opposition und der jeweiligen Regierung. Mein Kollege Faltlhauser in Bayern ist aus den Reihen der SPD denselben Forderungen bzw. Vorschlägen ausgesetzt. Seine wie meine Antwort lautet: Vorsicht an der Bahnsteigkante. - Wenn man nämlich eine Vollkostenrechnung unternimmt, dann sind diese Mehrstellen unter Berücksichtigung der Pensionslasten anders zu beurteilen als nur mit Blick auf die laufenden Bezüge. Dann kommt man zu ganz anderen Ergebnissen.

(C)

(D)

(Minister Peer Steinbrück)

(A) In letzter Konsequenz, Herr Stahl, würde es bedeuten: Machen wir alle 18 Millionen Einwohner in Nordrhein-Westfalen zu Betriebsprüfern. Dann haben wir eine Maximierung des Steueraufkommens in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD - Edgar Moron (SPD):  
Dann hätten wir auch keine Probleme mit der Arbeitslosigkeit! - Widerspruch bei der FDP)

So wird es nicht funktionieren. Es wird wohl eine Abwägung in diesem Zusammenhang geben müssen.

Frau Freimuth hat mit dem Thema der Aufgabenreduzierung sicherlich einen wichtigen Aspekt angesprochen. Manchmal habe ich den Eindruck, dass wir alle auf einem hohen Abstraktionsniveau sehr schnell übereinstimmen wie bei vielen anderen Themen auch. Wir sind alle für Subventionsabbau. Wir sind alle dafür, dass wir einen Konsolidierungskurs fahren sollten. Wir sind alle dafür, dass man nach Möglichkeit die Steuerbemessungsgrundlage in Deutschland erweitern sollte, aber mit den Steuersätzen heruntergehen sollte. Genau so ist es bei der Aufgabenreduzierung im Bereich der öffentlichen Verwaltung. Nur: Wenn es konkret wird, wird es schwierig, und zwar auch für die FDP.

(B)

Aufgabenreduzierung ist nicht zuletzt deshalb so schwierig, weil diejenigen, die die derzeitigen Aufgaben wahrnehmen, ihre Gärten stark verteidigen. Warum tun sie das? - Weil ihr Fortkommen, weil die Ressourcenzuteilung, weil die Zuteilung von Personal und Sachmitteln natürlich davon abhängig ist, dass sie besonders überzeugend begründen, warum die jetzige Aufgabenwahrnehmung weiter fortgesetzt werden sollte.

(Angela Freimuth [FDP]: Dann muss das geändert werden!)

- Ja, aber diesen Knoten durchzuschlagen ist für die politische Ebene ausgesprochen schwierig.

Es macht keinen Sinn, dies nur abstrakt zu debattieren. Man müsste in der Tat verschiedene Bereiche sehr konkret durchgehen - auch in den Ausschüssen dieses Landtages -, um festzustellen, wo wir bereit wären, die Staatsaktivitäten zurückziehen, welche Auswirkungen das auf das Personal hätte und welche Einsparungen möglich wären.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Minister, Ihre Redezeit ist abgelaufen. (C)

Peer Steinbrück, Finanzminister: Wir sind uns einig bezüglich der Pensionslasten. Stellen Sie sich vor, ich würde im nächsten Haushalt eine Vorsorge schaffen von ungefähr 72 Millionen, um eine versicherungswirtschaftliche Komponente für zukünftige Beamtinnen und Beamte einzuführen. Dann läuft das natürlich auf ein Mehr an Personalausgaben hinaus. Die Frage ist, wie sich der Landtag darauf einlassen würde.

Mein Bemühen wird es sein, eine solche Vorsorge in dieser Legislaturperiode zu schaffen, aber dann bitte nicht unter der Kritik, wir würden die Personalausgaben erhöhen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Finanzminister. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Schluss der Beratung der Stellenpläne. Eine Abstimmung erfolgt an dieser Stelle nicht, da sie eingebunden ist in die Abstimmung über die Einzelpläne und über das Haushaltsgesetz 2002. (D)

Ich rufe Nummer 7 auf:

**Einzelplan 12: Finanzministerium**

In Verbindung damit:

**Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung**

Und:

**Haushaltsgesetz 2002**

Ich verweise auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 13/1800, 13/1812 und 13/1816, ferner auf die Änderungsanträge der Fraktionen der CDU und der FDP. Zum Einzelplan 12 sind das die Nummern 142 bis 145 Ihrer Tischvorlage. Zum Einzelplan 20 sind es die Nummern 146 bis 153 und die Nummern 156 bis 160 der Tischvorlage. Zum Haushaltsgesetz 2002 und zum Haushaltsbegleitgesetz ist es die Nummer 154 Ihrer Tischvorlage.

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Kollegen Diegel für die CDU-Fraktion das Wort.